

Knut Korschewsky

Rede auf der 2. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei

DIE LINKE. Thüringen

am 25. Oktober 2008 in der Stadthalle Sömmerda

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
sehr verehrte Gäste unseres heutigen Parteitages,

Vor knapp einem Jahr hat die erste Tagung unseres Landesparteitages in Mühlhausen stattgefunden. Dort wurde Bodo Ramelow zum Ministerpräsidentenkandidaten der Thüringer LINKEN nominiert und dort habe ich das erste Mal davon gesprochen, dass wir das Ziel haben sollten, 2009 stärkste politische Kraft in Thüringen zu werden.

Seither ist in der Bundesrepublik und auch in Thüringen viel passiert. DIE Linke. ist bei den Frühjahrswahlen erstmals in vier westdeutsche Landesparlamente eingezogen. Selbst in Bayern hat die arrogante CSU eine deutliche Klatsche abbekommen.

Wir sind als Partei nicht mehr nur Interessenvertreter sozial Benachteiligter Menschen und Bewegungen sondern auch gefragter Partner aller Träger des gesellschaftlichen Lebens von Wirtschaftsverbänden bis zu den Kirchen.

Wir sind eine Partei, die immer besser den Spagat von Gestaltung und Opposition schafft.

Und wir sind eine Partei, die Mitglieder hinzugewinnt. Mehr als 8.000 Eintritte in die Gesamtpartei allein in diesem Jahr und das es uns in Thüringen als erstem der neuen Bundesländer gelungen ist, ebenfalls, trotz hohem Altersdurchschnitt,

an Mitgliedern in diesem Jahr zuzulegen, macht mich schon ein wenig stolz auf unsere Partei. Auch wenn es einige unserer politischen Konkurrenten immer noch nicht wahrhaben wollen.

Wir sind eben doch eine neue Partei, die sich auch als neue Partei entwickelt, wohlwissend, dass diese Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist und nicht vergessend, wo wir hergekommen sind.

Lasst mich aus aktuellem Anlass vor allem auf ein wichtiges Thema eingehen, welches dieser Tage Politik, Wirtschaft und alle Medien beschäftigt: die Finanzmarktkrise. Und ich glaube, wir müssen darauf eingehen, weil wir haben es auch gespürt in den unterschiedlichsten Veranstaltungen, Basisveranstaltungen, dass es die Menschen einfach bewegt in diesem Lande.

Während weltweit die Finanzmärkte bereits kollabierten, hatte Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) nichts besseres zu tun, als Anfang Oktober in einem Zeitungsinterview nassforsch zu fordern, man müsse endlich marktwirtschaftliche Regeln „konsequent durchsetzen“. Man fragt sich, in welcher Welt dieser Mensch eigentlich lebt. Der finanz- und wirtschaftspolitische Souffleur des Herrn Althaus, der ihm auch die Idee für sein Bürgergeld aufgeschrieben hat, der neoliberale Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut warnte wenige Tage vorher vorsorglich, die Konsequenz aus den katastrophalen Ereignissen in der Finanzsphäre müsse ja nicht „notwendigerweise mehr Regulierung“ sein.

Wenn man die letzten Tage und Wochen Revue passieren lässt, glaubt man sich nicht nur bei Herrn Althaus an manchen Stellen im falschen Film.

Das vormals so laute Geschrei nach freien Märkten von Baroso, Köhler, Merkel, Althaus, Ackermann und Co. ist urplötzlich verstummt. Nun haben diese Leute ihr Herz mit einmal für den „regulierenden Staat“ entdeckt.

Jetzt, wo den irrliehenden Bankmanagern ihr Selbstbedienungsladen wortwörtlich um die Ohren fliegt, sollen der Staat und damit der Steuerzahler für die Verluste aus der Zockerei im Börsencasino bürgen. Und die verantwortlichen Politiker von Rot-Grün-Schwarz, die das Treiben nicht nur nicht unterbanden, sondern noch großzügig beförderten, erzählen uns jetzt etwas von Regulierung des Marktes. Welch, welch, welch Worte.

Das macht mich wütend. Denn an allererster Stelle hätte einmal mehr etwas Selbstkritik von diesen Leuten dazu gehört.

Warum sagen Bundespräsident Köhler oder die Bundeskanzlerin nicht ehrlich: „Unser Vertrauen in den Markt war falsch und angesichts der Schäden, die die bisherigen Reformen angerichtet haben, müssen wir unsere Politik deutlich korrigieren.“ Warum sagen sie nicht: „Ja, hier haben wir einiges falsch gemacht, und dafür stehen wir jetzt gerade.“

Doch jetzt haben es alle vorher gewusst und schon immer vor den Gefahren eines zügellosen Kapitalismus gewarnt. Zum Club der unerhörten Mahner zählen sich plötzlich auch ein Hans Eichel, der angeblich schon immer auf eine bessere Regulierung der Finanzmärkte gedrängt habe. Irgendwie muss er da etwas durcheinander gebracht haben.

War es nicht Eichel, der die Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen steuerfrei stellen ließ und damit ein Ende der Deutschland AG beschleunigte?

War es nicht die rot-grüne Bundesregierung, die die Rechte der Aktionäre stärkte, die Haftung der Manager ablehnte und die Hedgefonds zuließ?

Und worin besteht der Unterschied zwischen der kapitalgedeckten Riester-Rente und einem geldgierigen Pensionsfonds? Auch der Verkauf von Telekom-Aktien an eine Heuschrecke und andere Privatisierungen gingen und gehen unter tatkräftiger Beteiligung der SPD und Grünen über die Bühne. Eichels Amnesie wäre nicht der Rede wert, würde sie nicht den Blick auf Lösungen verstellen.

So aber werden neue Legenden gesponnen. So hören wir von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz, dass die Agenda 2010 in Wahrheit ein linkes Projekt sein soll.

Liebe Leute, unglaublicher geht – glaube ich – kaum noch!

Unsere Partei hat sich als einzige immer gegen diese zügellosen Auswüchse des Finanzmarktkapitalismus gestemmt. Doch alle Anträge im Bundestag oder Landtag dazu wurden jedes Mal abgebügelt. Die anderen Parteien hassen uns jetzt aber umso mehr, dass unsere Befürchtungen alle eingetreten sind und die Situation uns jetzt Recht gibt. Sie kommen an uns nicht vorbei. Sie müssen einfach sagen, ja ihr habt Recht gehabt an der Stelle. Aber sie sagen es nicht laut, weil mit einem Mal haben sie Recht.

Heute jedoch helfen uns keine triumphierenden Gesten. Dazu sind die Auswirkungen der Krise zu komplex und zu wenig absehbar. Unzweifelhaft betreffen sie jedoch das gesamte Gemeinwesen, also auch die kleine Frau oder den kleinen Mann. Vom Handwerksbetrieb, über den Leiharbeiter, den Studenten bis hin zum Rentner, alle sind durch diese unverantwortliche Abzockerei betroffen. DIE LINKE. will und muss sich darum auch um Lösungen bemühen.

Doch was jetzt getan werden muss, geht weit über das Schnüren eines so genannten Rettungspaketes hinaus. Es sind dringend flankierende Maßnahmen für die Wirtschaft, für die Binnenkonjunktur nötig. Unsere Fraktionen im Bund und im Land haben und werden dazu entsprechende Anträge eingebracht und werden einbringen.

Eines ist jedoch klar: Die Krise kann nur bekämpft werden, wenn der Staat mehr sein wird als nur ein nützlicher Idiot. Das feige Doppelspiel der Finanzindustrie lässt mich skeptisch sein gegenüber dem von der Regierung vorgelegten „Rettungspakt“ zur Stabilisierung der Finanzmärkte.

Wenn man erfährt, dass dieses Konzept vor allem durch die Manager von Deutsche- und Commerz-Bank miterarbeitet wurde, dann muss man befürchten, dass dieses Doppelspiel weitergetrieben wird: Die Finanzindustrie schiebt die Politik als Schutzschild vor sich her, und wenn es schief geht, ist das Schutzschild schuld und eben nicht der Schildträger. Es ist ein Trauerspiel, dass sich Merkel und Steinbrück so bestechen lassen.

Wir fordern die Vereinbarung deutlicher Kontrollmechanismen auf dem internationalen Markt und vor allem die Haftung der Verantwortlichen. Wenn schon der Steuerzahler dafür aufkommt, die Krise zu meistern, ist das Mindeste, Manager, aber auch verantwortliche Politiker, drastisch für ihr Tun zu bestrafen.

Wenn es dann mittlerweile so ist, dass auf einer Schulung der Verwaltungsräte des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen Thüringen, der nun wirklich nicht verdächtig ist, gerade sehr linkslastig zu sein, am 9. und 10. Oktober diesen Jahres in einem Vortrag des Wirtschaftsredakteurs der FAZ, Herrn Heusinger,

von 10 Lehren aus der derzeitigen Krise gesprochen wird, ich will angesichts der Zeit nur einige davon nennen, die da wären:

- Die Mutter aller Spekulationen, die flexiblen Wechselkurse, müssen an die Kandare genommen werden
- Hedgefonds u.ä. müssen verboten werden
- Anreizsysteme für Manager, die nur auf Erfolg zielen, müssen verboten werden
- Steueroasen trocken legen
- oder weniger private Altersvorsorge, sondern Stärkung des umlagefinanzierten Rentensystems

Wenn es von so einem Menschen gesagt wird, dann ist doch in diesem Lande etwas schief, dann geht es doch hier nicht mehr weiter, dann ist es doch an der Zeit, dass wirklich in dem gesamten Land es eine andere Politik geben muss, dass hier etwas verändert werden muss und dass diese Bundesrepublik einen deutlichen Politikwechsel braucht. Hier muss eine Veränderung her, sonst kommen wir an den Rand von 1932 und hier wollen wir alle Mann gemeinsam nicht hin, hier müssen wir etwas gegensetzen, hier müssen wir etwas tun und ich glaube, wir haben auch die Chance dazu.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, die Not ist groß, riesengroß für die CDU! Ihre Umfragewerte sind drastisch gesunken, nicht nur in Thüringen. Angst macht sich bei ihr breit! Anders sind die Querschläger des unkontrollierbaren Dum-Dum-Geschosses der CDU-Fraktion - Mike Mohring - nicht zu erklären. Wer wie Herr Mohring nach den Bayern Wahlen vom letzten Brückenkopf der CDU in Deutschland spricht, der hat wieder einmal nicht begriffen, dass es dann ja schon gar keine Brücke mehr gibt. Mal abgesehen davon, dass das natürlich wirklich ein militanter militärischer Ausdruck ist, der Herr Mohring nun wirklich nicht zusteht.

Vor lauter Panik in Thüringen und anderswo holt nun die ganze CDU die große Keule raus und lässt den Kalten Krieg wieder aufleben.

Da legt der sächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Steffen Flath ein Thesenpapier vor, in dem DIE LINKE. und die NPD gleichgesetzt werden. Nicht nur dieser ungeheuerliche Vorgang ist empörend, sondern die Tatsache, dass Flath damit die NPD aufwertet und damit auch der Demokratie schadet. Damit verlässt er nicht nur den Konsens der Demokraten, sondern diskreditiert sich selbst. Im Grunde sollte er zurücktreten wirklich von allen Ämtern, die er innehat.

Aber der gesamte Vorgang zeigt auch den Gesamtzustand in der deutschen CDU. Denn das Agieren von Flath ist leider kein Einzelfall. Da ist zum Beispiel noch Flaths CDU-Fraktionskollege Volker Schimpff. Schimpff hört sich schon einmal richtig an, der eine flammende Lobrede auf den verstorbenen österreichischen Rechtspopulisten Haider als, und man höre genau zu, «hervorstechendsten Politiker deutscher Zunge» hielt. Muss ich da weiter etwas sagen? Ich glaube nicht. Oder in Nordrhein-Westfalen, das hat der Westdeutsche Rundfunk recherchiert, geben zwei nicht unwesentliche CDU-Mitglieder eine Zeitschrift heraus, in der alle Autoren der einschlägigen Rechtsradikalenszene fleißig publizieren.

Doch wir brauchen nicht nur in den Nachbarländern zu schauen, auch bei uns in Thüringen gibt es leider Beispiele dafür. Denken wir da nur an den Versuch, den Rechtsaußen der CDU-Fraktion Dr. Peter Krause zum Kultusminister zu machen. Das war kein Unfall, liebe Genossinnen und Genossen, den Ministerpräsident Althaus da produziert hat. Das war ein Testballon, wie weit

man gehen kann. Sonst hätte Althaus nicht auch noch die ideologischen Wurzeln und die Verbindungen von Dr. Peter Krause verharmlost.

Ich sage es an der Stelle ganz deutlich: Es war ein bundespolitischer Skandal, dass ein, sich im Dunstkreis rechter Ideologen bewegender, intellektueller Vorreiter in Thüringen ministrabel werden sollte! Man stelle sich das einmal vor: Ein solcher Rechtsaußen wäre Kraft seines Amtes Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora geworden.

Mit der geplanten Ernennung von Dr. Krause ging es Dieter Althaus und der CDU Thüringen ganz klar darum, ein Signal an Wählerschichten zu senden, denen rechtskonservative Ideen nahestehen. Es war der Versuch, auch im Wählerpotential von Rechtsextremisten zu fischen. Dafür war Krause, als Grenzgänger zwischen dem rechtskonservativem Lager und dem Lager des Rechtsextremismus natürlich die erste Wahl, so wie Frau Walsmann ein Angebot an diejenigen Wählerinnen und Wähler sein soll, die mit der Art und Weise wie die CDU geschichtsvergessen mit der DDR-Vergangenheit umgeht, Probleme haben. Diese Ernennungen waren Teil des Versuches, aber auch jeden etwaigen Wähler, für die CDU zu mobilisieren. Ich glaube aber nicht, dass es gelingen wird.

Es war aber auch eine gute Stunde für Thüringen! Glücklicherweise scheiterte das Ansinnen von Herrn Althaus am Protest der Bürgerinnen und Bürger. Ich bin den Journalistinnen und Journalisten aber auch uns - der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition - dankbar für Ihr Engagement gegen den Vorschlag von Herrn Althaus. Denn sie haben das Land vor Schaden bewahrt!

Zu der Kabinettsreform vom Mai möchte ich nicht mehr viel sagen, außer dass man da offensichtlich das letzte Aufgebot zusammengekratzt hat, um überhaupt eine Regierung zusammen zu bekommen. Vielleicht kam ja alles auch nur beim Würfelspiel zustande, weiß man bei Althaus ja nie. Denn jeder kann irgendwie alles, wenn er nur ein CDU-Parteibuch hat.

So kommt auch ein Hinterbänkler zum Amt des Kultusministers, der zuletzt im Bundestag bedeutende Reden zum „Ilisu-Staudamm in der Türkei“ oder zum „Urwaldschutzgesetz“ gehalten hat. Im Dschungel der CDU mag das zwar helfen, aber für diesen sensiblen Bereich ist er, das hat seine Regierungserklärung vor zwei Wochen gezeigt, eine glatte Fehlbesetzung.

Wie hieß doch das Buch? „Nieten in Nadelstreifen!“

Der Ministerpräsident hat nicht nur keine Strategie, sondern offensichtlich gehen ihm auch die Leute aus. Spätestens an dieser Stelle muss man konstatieren: Die CDU mit ihrem Ministerpräsidenten Althaus hat abgewirtschaftet.

Kommen wir auf eine weitere Unverschämtheit der CDU zu sprechen, den Umgang mit dem Volksbegehren für mehr Demokratie in den Kommunen. Ich will dabei einmal etwas anders anfangen. Wenn man die gegenwärtige Verfasstheit der CDU beschreiben will, kann man ein interessantes Experiment machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat auf ihren Internetseiten eine Art Politiklexikon geschaltet. Es ist spannend dort nachzulesen, was unter den zwei gegensätzlichen Polen Demokratie und Diktatur zu lesen ist.

Beim Stichwort Demokratie ist zu erfahren, dass man zwar zwischen repräsentativer und direkter Demokratie unterscheiden müsse, aber immer die Prämisse gelte: Das Volk ist oberster Souverän und oberste Legitimation politischen Handelns.

Und 250.000 Unterschriften des Volksbegehrens sind die oberste Legitimation politischen Handelns, Herr Althaus! Diese demokratischen Grundsätze dieses Landes tritt die CDU mit ihrem Vorgehen im Landtag mit Füßen! Es ist respektlos und arrogant, wie dort die CDU den Willen der 250.000 Bürger ignoriert hat!

Ja, das Vorgehen von Althaus, Mohring und Co. ist auch stillos und hinterfotzig. Ja, es ist offensichtlich: Die CDU lebt mit direkter Demokratie und demokratischer Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auf Kriegsfuß!

Ich sage, wir als LINKE sind außerordentlich glücklich, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger engagieren. Es ist der eindrucksvolle Beweis, dass den Menschen Mitbestimmung wichtig ist. Es ist die Aufgabe, die Menschen aus ihrer Zuschauerrolle, wo sie sonst nur alle 5 Jahre ihr Kreuz machen dürfen, herauszuholen und direkte Mitbestimmung einzuführen. Das ist die Aufgabe, die wir als LINKE unterstützen sollten, liebe Genossinnen und Genossen.

Doch das will die CDU nicht, wir werden das nächste Jahr ändern. Wir werden etwas dafür tun, dass das verändert wird.

Am Donnerstag nun ist durch die Landtagspräsidenten das Volksbegehren zugelassen worden. Wir werden sehen, wie sich nun die CDU im Landtag verhalten wird. Ob sie dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zustimmen werden oder ob sie eine Volksabstimmung wollen. Und wenn sie diese

Volksabstimmung wollen, dann tun wir alles dafür, dass diese Volksabstimmung auch zum Erfolg geführt wird, liebe Genossinnen und Genossen. Zeigen wir der CDU, dass sie nicht alleine regieren.

Und an dieser Stelle komme ich auf die von der Bundeszentrale für politische Bildung aufgeschriebenen Elemente einer Diktatur. Da ist die Rede davon, dass es den in einer Diktatur Herrschenden nur um die Durchsetzung der eigenen Interessen und Überzeugungen und dies zu Lasten und zum Schaden aller gehe. Dort ist die Rede von Ignorierung der Realität, von Intoleranz, von der Beanspruchung eines Wahrheitsmonopols. Wenn man diese Worte liest, hinterlassen sie auf Thüringen bezogen einen AHA-Effekt.

Und so lautet mein Fazit in Abwandlung eines Klassikers: Die Herrschaftspraxis der CDU in Thüringen ist die Fortsetzung der Diktatur in der parlamentarischen Demokratie, nichts anderes!

In der letzten Zeit höre ich auch immer wieder von vielen Menschen in Thüringen, sie fühlten sich bei vielen, was in diesem Lande passiert, an die letzten Tage der DDR erinnert. In der Tat sind Parallelen offensichtlich.

Auch da wollte eine Staatspartei nur dafür sorgen, dass ihre Pfründe gesichert sind. Auch damals ignorierte eine herrschende Partei standhaft die Realität. Auch damals lebten die Oberen im Raumschiff und ließen sich nur ab und zu von ihren katzbuckelnden Hofschranzen Bericht über die Lage erstatten. Auch damals glaubte eine Partei, mittels Propaganda die Menschen beeinflussen zu können. Und auch damals hasste die herrschende Partei es, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger für Demokratie engagierten. Am Ende hatten es die Menschen satt, solche Verhältnisse zu akzeptieren und sie traten für Veränderungen ein.

Und auch heute haben es die Thüringerinnen und Thüringer satt, von solch einer Partei wie die CDU regiert zu werden. Herr Althaus, nächstes Jahr können Sie sich einen neuen Job suchen!

Ich bin aber arg im Zweifel, liebe Genossinnen und Genossen, ob die Versuche des Herrn Althaus, auf anderen Bühnen Fuß zu fassen, von Erfolg gekrönt sein werden. Dass Sie, Herr Althaus, mit Ihrer angekündigten CD bei „Deutschland sucht den Superstar“ weit vorne landen, glaube ich nicht. Ich glaube eher, es könnte der Thüringer Daniel Kübelböck werden. Die CD wird wohl nicht nach musikalischem Leckerbissen klingen.

Ebenso wenig taugen Sie, Herr Althaus, zu einer Karriere bei Heidi Klums „Germanys next Top Model“. Ihre Verrenkungen in Trachtenhose in der Super-llu werden dazu kaum reichen. Dazu ist ihre Performance zu uninspirierend, zu wenig ernst gemeint und zu unglaubwürdig.

Unterm Strich wird deutlich, dass Sie Herr Althaus zu sehr vielem kein Talent haben. Ich persönlich wünsche Ihnen trotzdem, dass Sie sich nächstes Jahr irgendwo mit Ihrer viel zu hohen Alterssicherung zur Ruhe setzen können. Dem Land, den Menschen und dem Steuerzahler zu liebe.

Ein paar Sätze seien an dieser Stelle auch über die anderen Thüringer Parteien erlaubt. Für die Marginalie FDP reicht es, wenn ich die drei Parteibuchstaben erwähnt habe. Wie alle mitbekommen haben, hat die SPD Thüringens auf Druck von Christoph Matschie eine grandiose Abstimmung hingelegt zum Umgang mit unserer Partei. Eine Vorbedingung, wie sie die SPD da getroffen hat, ist aus mehreren Gründen fragwürdig. Ich will sie hier nicht noch einmal erläutern, Ihr wisst alle, was ich meine.

Erstens trifft man Aussagen zu Bedingungen, die nicht die SPD, sondern die Wählerinnen und Wähler 2009 entscheiden. Zweitens sind alle „Vorab“-Festlegungen zu Koalitionen unglaubwürdig, weil Festlegungen erst nach der Wahl „auf sicherem Boden stehen“ und alles vor dem Wahlabend Spekulation bleiben muss. Drittens sind sie ein Zeichen von wenig Überzeugung (und Souveränität) in eigener Sache.

Zudem lachen alle - außer Christoph Matschie - darüber, dass die SPD ernsthaft glaubt, von 15 % in der Wählergunst auf 35 % zu kommen.

Das Grundproblem der SPD ist jedoch ein ganz anderes: Es gibt ein elementares Missverhältnis zwischen Programmatik und realer Politik sowie zwischen Funktionären und Parteibasis. Auf dem Papier steht etwas von sozialer Gerechtigkeit geschrieben, in der Realität haben Schröder, Clement, Steinbrück und Co. den größten Sozialabbauprozess der deutschen Geschichte realisiert. Im Grunde ein Verstoß gegen das eigene Parteiprogramm, doch er blieb folgenlos. Daran ändern auch wohlfeile Parteitage der SPD nichts. Wie z.B. im letzten Jahr, wo die Basis ihre Bedenken gegen die Bahn-Privatisierung in Beschlüssen formulierte. Schon einen Tag später ließen Steinmeier und Steinbrück durchblicken, dass sie der Parteitagsbeschluss wenig interessiere. Ein klarer Verstoß gegen eigene Parteibeschlüsse, auch dies blieb folgenlos. Aber auch die regelmäßigen Massaker an ihren Parteivorsitzenden hinterlassen einen faden Beigeschmack.

Und hier in Thüringen haben wir ebenso unsere Erfahrungen mit den lieben Sozialdemokraten gesammelt. Da hält Christoph Matschie flammende Reden zu Mindestlohn und Studiengebühren. Als dann aber ein konkreter Antrag zur Abstimmung steht, stimmte seine Fraktion dagegen.

Oder denken wir an die beiden SPD-Oberbürgermeister von Eisenach und Weimar. Der eine wickelt ohne Widerstand sein eigenes Theater ab, der andere beteiligt sich an einer beispiellosen Intrige der CDU gegen den eigenen Intendanten des Nationaltheaters Weimar Stefan Märki, bis ihn ein Bürgerprotest stoppen konnte.

Es ist diese Abgehobenheit von Basis und den Problemen der Menschen vor Ort und die große Unglaubwürdigkeit in Bund und Land, die den Sozialdemokraten viele Wählerstimmen gekostet hat, nicht die Frage des Umgangs mit unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen, nämlich des Umgangs mit ihrer eigenen Glaubwürdigkeit. Umso unverständlicher sind für mich Entscheidungen von Menschen, die beruflich für Arbeitnehmerinteressen eintreten und sich gerade heute für die Hartz IV- Partei von Steinmeier und Müntefering entscheiden.

Es klingt komisch, aber sollten wir mit der SPD eine Koalition eingehen wollen, müssen sich die Sozialdemokraten erst einmal zu verlässlichen Partnern entwickeln. Zurzeit sind sie es nicht.

Ein ähnliches Glaubwürdigkeitsproblem haben auch die Grünen. Auch bei ihnen stehen Programmatik und reale Politik in einem Missverhältnis. Es war eine Rot-Grüne Fraktion, die den Einsatz im Kosovo-Krieg sanktionierte. Es war eine Rot-Grüne Regierung, die das Armutsprogramm Hartz-IV verabschiedet hat.

Und auch heute wieder erleben wir in Hamburg, dass die Grünen eigene Grundsatzbeschlüsse, wenn sie in die Regierung kommen, tapfer missachten. Im Wahlkampf angetreten, um Elbvertiefung und das Kraftwerk Moorburg zu verhindern, knickten die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen zuerst bei der Ausbaggerung der Elbe ein, mit der Begründung, nur durch diesen Kompromiss

Moorburg verhindern zu können. Jetzt begnügen sie sich damit, „Auflagen“ verhandelt zu haben, und bleiben an der Macht - obwohl die Auflagen noch nicht einmal gerichtsfest sind.

Also demonstrieren Hamburgs Grüne damit auch nur ihre Machtgeilheit. Und ich will gar nicht darauf hinweisen, dass Astrid Rothe-Beinlich ebenfalls gesagt hat, für sie wäre auch Grün-Schwarz in Thüringen denkbar. Also da frage ich mich schon, wollen die Grünen in Thüringen eine Veränderung, eine politische, oder wollen sie nur an die Macht?

Uns geht es – und das sei noch einmal ganz deutlich an SPD und die Grünen gerichtet – nicht um Posten und Chefsessel, sie sind und bleiben zweitrangig. Uns geht es um eine politische Veränderung in diesem Land. Uns geht es um wirkliche Veränderungen, um Verbesserungen für die Menschen in diesem Lande, um mehr soziale Gerechtigkeit, eine bessere Bildung, um existenzsichernde Löhne, um eine Energieoffensive, um mehr direkte Demokratie. Also um eine andere Politik.

Heute und an dieser Stelle, liebe Genossinnen und Genossen, muss aber auch etwas, gerade angesichts des geschichtsträchtigen Jahres 2009 zu unserer geschichtlichen Verantwortung als Partei in der Bundesrepublik gesagt werden.

DIE LINKE. ist eine neue, wirklich gesamtdeutsche Partei, weil sich in ihr Menschen aus Ost und West mit unterschiedlichen politischen Biographien und Erfahrungen gleichberechtigt zusammengefunden haben. Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass es in unserer Partei natürlich keine einheitlichen Sichten auf die Geschichte der sozialistischen Bewegung gibt. Für die große Mehrheit in unserem Landesverband, die ihre politische Biographie in der DDR und die letzten fast 20 Jahre in der PDS verbracht hat, ergibt sich aus diesem Umstand

die Notwendigkeit, dass wir uns unserer Geschichte sowohl vor als auch nach 1989 erneut und verstärkt nachdenken müssen, weil aus deren Bewertung natürlich auch programmatische Schlussfolgerungen zu ziehen sind. Hinzu kommt, dass auch im Thüringer Landesverband die Anzahl derer größer wird, die über unsere Erfahrungen nicht verfügen, die aber andere Erfahrungen und Sichten zur Geschichte mitbringen, über die wir miteinander diskutieren müssen.

Vor allem aber haben wir in der PDS aus einer ostdeutschen Sicht heraus in der Bundesrepublik agiert und das hatte natürlich auch Auswirkungen auf unsere Art, Geschichte zu diskutieren bzw. uns mit ihr auseinander zu setzen. Wir müssen insgesamt aber auch mit Blick auf die Geschichte lernen, gesamtdeutsch zu denken, ohne dabei unsere DDR bzw. ostdeutschen Erfahrungen zu vergessen. Wir werden aber nicht wirklich eine gesamtdeutsche linke Partei werden, wenn wir nicht zusammenbekommen, dass die Verfolgungen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR ebenso ungerechtfertigt waren wie die Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten in der früheren BRD. „Beides gehört zusammen“, wie Oskar Lafontaine zu recht auf dem Gründungspartei der LINKEN hingewiesen hat.

Wir müssen es also schaffen, unseren Blick auf Geschichte insgesamt zu erweitern. Weil sich gelegentlich auch Stimmen in unserer Partei melden, das Benennen von eigenen Fehlern in unserer Geschichte sollte unsere Wortmeldungen nicht dominieren und solche selbstkritischen Sichten, wie sie gelegentlich geäußert werden, würden von vielen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei missbilligt, sei an dieser Stelle hinzugefügt, dass die Programmatischen Eckpunkte mit ihrer selbstkritischen Aussage zu unserer eigenen Geschichte und der klaren Absage an den Stalinismus fast 100 %ige

Zustimmung in unserem Landesverband gefunden hat und die Basis des Handelns aller Vorstände in unserer Thüringer Partei ist und auch bleiben wird.

Wir brauchen eine offene und pluralistische Diskussion über Vergangenheit nicht zuletzt deshalb, weil die Erwartungshaltungen an uns im Jahr 2009 gerade auch mit Blick auf unseren Umgang mit unseren eigenen Biographien und der Geschichte der DDR ganz andere sein werden als bisher. Für viele Menschen in Ost und West ist es jetzt wirklich wichtig zu erfahren, was wir hier zu sagen haben, weil wir als gesamtdeutsche LINKE erst jetzt für sie auch wirklich interessant geworden sind.

Diesem Anspruch müssen wir uns stellen. Wir dürfen unsere eigene Geschichte nicht nur in den eigenen Reihen, nicht nur im stillen Kämmerlein diskutieren, sondern mit den Menschen, die uns wählen, die Geschichte aufarbeiten und gemeinsam mit ihnen auch diese Diskussion führen.

Wenn mehr als 30 % der Thüringer Wählerinnen und Wähler uns derzeit wählen würden, wenn wir einen Zuspruch aus der Gesellschaft erleben, den wir so bisher noch nie erlebt haben, dann ändern sich auch die Sichten auf und die Erwartungshaltungen an uns. Wir müssen uns deshalb in der Partei über die verschiedenen Aspekte und Konsequenzen der Zunahme des Zuspruchs stärker bewusst werden, sonst geraten wir in unauflösliche Konflikte zwischen den Erwartungshaltungen einerseits und unseren mitunter auch lieb gewordenen, manchmal aber eben auch verengenden Selbstsichten andererseits.

Viele von uns meinen, wir hätten schon soviel an Geschichte aufgearbeitet, das müsste doch reichen. An der Menge des produzierten Papiers könnte man das meinen.

Wir haben aber das Problem, dass sich viele Menschen von unserer Aufarbeitung nichts oder kaum noch etwas wissen. Wenn wir also die zu erwarteten Angriffe auf uns unbeantwortet lassen, die von der CDU unweigerlich kommen werden, würden bzw. auf sie nur reagieren würden, dann hieße das, der CDU ein Gebiet zu überlassen, mit dem sie sich als Partei insgesamt nicht auseinandergesetzt hat. Denn die CDU in Deutschland hat sich mit ihrer Geschichte nicht auseinandergesetzt. Und dass diese Angriffe kommen werden, zeigen die jämmerlichen Versuche der Jungen Union, wie heute hier auch vor dem Tagungsgebäude. Ich glaube, hier muss man deutlich sagen, wir arbeiten mit unserer eigenen Geschichte, die CDU arbeitet nicht mit ihrer eigenen Geschichte.

Sie haben einfach die Block - CDU übernommen, dieser eine der Perspektive der westdeutschen Konservativen entsprechende Sicht verpasst und versuchen sie damit faktisch rein zu waschen, als ob es die sozialistische Blockpolitik der Ost-CDU nie gegeben hätte, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist eine Frechheit, was hier passiert. Die PDS hat u. a. sämtliche Vermögen abgegeben. Wir haben von Null angefangen. Die Vermögen der Ost-CDU sind umgangslos auf die Gesamt-CDU übergegangen. Hier hat es keine Enteignung gegeben. Hier hat es ein blankes Übernehmen gegeben. Das muss man der CDU entgegenhalten. Wir dürfen nicht still halten dabei. Wir müssen zu unserer Vergangenheit stehen, aber wir müssen auch deutlich sagen, dass auch andere zu ihrer Vergangenheit gefälligst einmal stehen müssen an dieser Stelle.

Es ist aber nicht nur dieser parteipolitische oder wahlkampfaktische Aspekt, der einen erneuten kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte in der DDR und den Ursachen des Scheiterns des Sozialismusversuches wieder stärker erforderlich macht.

Es sind ja nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger, die von unseren Geschichtsdebatten der 90er Jahre nichts bzw. kaum noch etwas wissen. Wir selbst müssen, gerade wenn wir über zukünftige linke Perspektiven auch für Thüringen nachdenken, uns unsere kritischen Sichten erneut bzw. wieder aneignen und alle diejenigen, die an den Debatten der 90er Jahre nicht teilgenommen haben, jetzt mit teilhaben lassen.

Und wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir einen Mitgliederzuwachs haben, dann sind das mittlerweile Mitglieder, die in keiner vorherigen Partei waren – weder in der SED noch in der PDS noch in der Linkspartei.PDS, die jetzt zu uns kommen. Aber genau mit diesen Genossinnen und Genossen müssen wir auch diese geschichtliche Debatte führen. Wir müssen sie teilhaben lassen, wir müssen mit ihnen gemeinsam diese Debatte führen.

An dieser Stelle müssen wir uns immer wieder den Gründungskonsens der damaligen PDS in das Gedächtnis zurückholen. Unter allen Aspekten war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System nicht nur der entscheidende Kern dieses Gründungskonsens, nicht nur ein Problem der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, sondern er ist bis heute ein höchst aktuelles Problem linker Politik und linker Perspektiven.

2009 werden mit der Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 in der DDR zugleich unterschiedliche Interpretationen über deren Ursachen, Motive und Resultate hervorgerufen. Dies gilt auch für die Gesamtgeschichte der DDR und der SED. Im Umgang mit diesem Gesamtkomplex müssen sowohl DIE LINKE. als Partei als auch ihre einzelnen Mitglieder zunächst davon ausgehen, dass es die eine objektive, von allen zu akzeptierende und deshalb gegen alle Widerstände durchzusetzende historische Wahrheit nicht gibt.

Nur mit einer solchen Ausgangsposition werden wir erfolgreich gegen die, insbesondere von der CDU und den ihr nahestehenden Institutionen beanspruchte Deutungshoheit mit Blick auf die Geschichte der DDR begegnen können.

Wer den Anspruch erhebt, die eigene Wahrheit über die DDR und alles, was mit ihr zusammenhängt sei die allein richtige, blockiert letztlich den Zugang zu einer differenzierten Auseinandersetzung. In seiner Konsequenz führt dieser Anspruch entweder zur pauschalen und undifferenzierten Verurteilung der DDR oder aber zur nachträglichen Rechtfertigung all ihrer Handlungen.

Die CDU hat ihre Sicht auf die Ursachen der friedlichen Revolution 1989 und die darauf folgenden 19 Jahre in einem umfassenden Papier zusammengefasst. Sie will dieses auf ihrem Bundesparteitag Anfang Dezember beschließen.

Unabhängig davon, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir dieses Bild in seiner Gesamtheit so nicht teilen, in diesem CDU-Antrag sind historische Fakten enthalten, die einfach nicht stimmen. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass die DDR - Wirtschaft Ende der ´80er Jahre faktisch am Ende war. Dass die CDU der Auffassung ist, die DDR Wirtschaft hätte nicht mehr reformiert werden können, muss sie auch deshalb sagen, um ihre darauf folgende Abwicklungspolitik zu rechtfertigen.

Wir müssen deshalb mit der CDU nicht darüber diskutieren, ob es für die DDR-Wirtschaft noch eine Perspektive gegeben hätte, zumal der CDU-Vorstand selbst festgestellt hat:

Zitat: Angesichts von heruntergewirtschafteten Betrieben, schlechten Arbeitsbedingungen, grauen Dörfern und Städten und einer schwierigen Lage im

Gesundheits- und Pflegewesen ist es verständlich, dass heute selbst die schärfsten Kritiker der Wiedervereinigung nicht zu einem System wie in der DDR zurückkehren wollen.

Diese Erkenntnis des CDU Vorstandes sollte jeder Wahlkämpfer im Jahr 2009 kennen, denn das Angstargument der CDU, DIE LINKE. wolle die DDR wiederhaben, ist damit von ihrem eigenen Vorstand ad absurdum geführt, weil sie sagen es selbst. Selbst wenn es bis zum Parteitag noch jemanden auffällt und es geändert wird, der CDU-Vorstand hat das amtlich mitgeteilt und deshalb nehmen wir dieses Argument für uns in Anspruch.

Denn tatsächlich, wer so wie wir 1989 konsequent mit der Praxis der SED gebrochen hat, der will die DDR, wie sie bis 1989 war, nicht zurück haben. Dass wir eine andere DDR wollten, dass wir einen demokratischen Sozialismus in der DDR ohne allgegenwärtige Staatssicherheit und mit offenen Grenzen wollten, das ist das eine. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der damaligen DDR haben das am 18. März 1990 aber anders entschieden.

Wir haben die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert. Und wir haben 1990 als PDS und 2007 als Partei DIE LINKE. auch gesagt, wir nehmen das Grundgesetz der Bundesrepublik ernst. Die Würde der Menschen ist unantastbar. Eigentum verpflichtet und soll auch dem Gemeinwohl dienen.

Das Jahr 2009 rückt unaufhörlich näher. Und damit natürlich auch die vor uns stehenden Aufgaben. Alle 4 Wahlen des nächsten Jahres werden unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen. Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam alle anstehenden Dinge bewältigen. Mit unserem Parteitag an diesem Wochenende werden wir einen weiteren wichtigen Schritt in der Vorbereitung der Wahlen gehen. Wir wollen am heutigen Nachmittag mit der Beschlussfassung zum

Rahmenkommunalwahlprogramm die inhaltlichen Grundlagen zu den Kommunalwahlen legen. Dieses Euch heute vorliegende Programm ist in einer unwahrscheinlich breiten Diskussion mit den Akteuren der Kommunalpolitik in den Gebietsverbänden erarbeitet und diskutiert worden. Dabei ging es nicht immer nur „friedlich“ zu. In teilweise heftigen Diskussionen wurden Standpunkte ausgetauscht und manchmal auch Liebgewonnenes über Bord geworfen. Das Resultat zeigt aber, das es gut war, die Diskussion in dieser Breite zu organisieren. Es liegt uns nun ein Programm vor, welches sicherlich nun ein guter Rahmen ist, in dem die Gebietsverbände den entsprechenden Handlungsspielraum haben. Für diese intensive Arbeit möchte ich mich stellvertretend für alle Beteiligten bei der Arbeitsgruppe des Landesvorstandes unter Leitung von Steffen Harzer unter aktiver Hilfe von Anke Hofmann bedanken, liebe Genossinnen und Genossen. Steffen wird dann sicherlich heute Nachmittag noch einiges zu den inhaltlichen Vorgaben des Programms sagen. Ich will das nichts vorweg nehmen.

Als weiteren wichtigen Punkt unseres Parteitages wird Dieter Hausold heute am späten Nachmittag erstmals den Entwurf des erarbeiteten Regierungsprogramms vorstellen. Manch einer von uns wird sich nun fragen, warum das aber Regierungsprogramm heißen muss. Hier lasst mich sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir vollziehen nach der einstimmigen Nominierung von Bodo auf unserem Parteitag in Mühlhausen nun den nächsten logischen Schritt. Wir präsentieren den Thüringerinnen und Thüringern unseren Entwurf eines Programms für einen Politikwechsel und damit natürlich auch für einen Regierungswechsel, liebe Genossinnen und Genossen. In vielen Diskussionen der vergangenen Monate ist an den Info-Ständen immer wieder die Erwartungshaltung geäußert worden, dass DIE LINKE. klar und deutlich sagt, wofür sie in einer Regierung steht und was von einer LINKEN Regierung zu erwarten ist. Dabei muss klar sein, dass sich die Welt in Thüringen auch nicht

auf den Schlag um 100 % drehen kann mit einer linken Regierung. Und schon deshalb ist es wichtig, nicht „Wolkenkuckucksheim“ zu versprechen und unsere Forderungen auch finanziell zu unterstützen. Und unsere Forderungen im Wahlprogramm sind nachprüfbar unterstützt. Dass das in der heutigen Zeit nicht einfach ist, angesichts der Krise, wissen wir alle. Wer weiß heute schon genau, was im nächsten Jahr ist. Ich denke aber, dass wenn Milliarden an Banken und Managern verschleudert werden können, auch noch genügend Geld da sein wird, um einen politischen Richtungswechsel auch unterstützen zu können, auch finanziell.

Dieses heute Nachmittag durch Dieter Hausold zu präsentierende Programm ist ein Resultat intensiver Arbeit und Diskussionen in den vergangenen Monaten. Parallel zum Rahmenkommunalwahlprogramm hat eine Gruppe aus Mitgliedern des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion an einem ersten Entwurf eines Programms für Thüringen gearbeitet, welches dann ergänzt und präzisiert wurde durch weitere Fachkompetenz in- und außerhalb der Partei. Und ich sage hier ausdrücklich, auch durch Mitglieder des derzeitigen Kompetenzteams von Bodo Ramelow. Nur in einem solch intensiven Prozess der Meinungsbildung war es möglich, heute etwas Hieb- und Stichfestes auf den Tisch zu legen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten aus der Partei, ausdrücklich der Fraktion, bei allen Mitarbeitern der Fraktion, bei allen Abgeordneten unserer Landtagsfraktion, aber auch bei allen anderen Mitstreitern an dieser Stelle herzlich bedanken.

Jetzt folgt der nächste Schritt. Die weitere Diskussion und Qualifizierung des vorgelegten Papiers in den unterschiedlichsten Zusammenhängen. In den nächsten Monaten muss dieser erste Entwurf intensiv an der Basis, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Initiativen und weiteren Interessierten diskutiert werden.

Und lasst mich an dieser Stelle auch sagen: Wenn es uns gelingt, ein hervorragendes Regierungsprogramm auf den Weg zu bringen, dann ist das für alle Konstellationen, die sich möglicherweise nach der Wahl ergeben, egal wofür, für Regierung, für Opposition, die beste Handlungsgrundlage, die wir überhaupt nur haben können. Nur wir wollen eine politische Veränderung und darum schreiben wir auch ein Regierungsprogramm.

Lasst mich noch einige Bemerkungen zu einer dritten nicht minder wichtigen Aufgabe unseres Parteitages machen. Wir wollen am morgigen Tag unsere Wahlstrategie des Jahres 2009 diskutieren und dann natürlich auch als weitere Arbeitsgrundlage beschließen. Wir sind die einzige Partei, die strategische Fragen des Herangehens an Wahlen auf einem Parteitag diskutiert. Wir werden damit sicherlich nicht jede Idee preisgeben. Ich denke aber schon, dass unser Herangehen für die neue LINKE auch eine neue Qualität hat. Und diese Qualität der Diskussion mit den Genossinnen und Genossen sollten wir auch zukünftig unbedingt beibehalten. Dafür spricht im Übrigen auch das Herangehen an die Diskussion zum Regierungsprogramm. In 6 Regionalkonferenzen in allen Teilen Thüringens hat jedes Mitglied der Partei, aber auch jeder Sympathisant, die Möglichkeit, seine Ideen und Kritiken einzubringen.

Nur kurz zu einigen inhaltlichen Bemerkungen der Wahlstrategie. Ich habe auf dem Parteitag in Mühlhausen das Ziel stärkste politische Kraft in Thüringen formuliert. Vor knapp einem Jahr haben mich noch einige Mitglieder etwas entgeistert angeschaut. Wie sieht es denn aber heute nun aus. In allen zurzeit laufenden Umfragen werden wir mit mehr als 30 % der Wählerstimmen bewertet. Das sind zwar Momentaufnahmen und trotzdem deutliche Signale. Die CDU kann sich ihrer Mehrheit nun wirklich nicht mehr sicher sein, und wir sollten so selbstbewusst sein, unser formuliertes Ziel 30 % +x mit aller

Konsequenz anzugehen. Nur als stärkster politischer Kraft in Thüringen wird es gelingen, einen Politikwechsel für die Menschen einzuleiten. Nur dann muss sich auch die SPD wirklich entscheiden, ob sie Wählerwillen missachten will und mit Althaus und seiner CDU ins Bett geht oder doch politischen Anstand hat und nicht Machtanspruch vor Wählerwillen stellt. Lasst uns also um dieses Ziel gemeinsam kämpfen.

Es muss uns gelingen, einen einheitlichen Wahlkampf von der Kommune bis zu den Europawahlen zu führen. Dabei ist es eine Grundvoraussetzung, dass wir eine intensive Kommunikation innerhalb und außerhalb der Partei führen, um uns im harten Jahr 2009 nicht zu verzetteln und vorhandene Kräfte zu bündeln. Die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten von der Kommune bis nach Europa ist eine der großen Herausforderungen in den nächsten Monaten und gleichzeitig die Grundlage für gute Wahlergebnisse. Dieser Herausforderung müssen wir uns mit aller Kraft stellen. Ich will auch hier noch einmal deutlich sagen, dass es nicht nur darum geht, eine hohe Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten zu haben, sondern die inhaltliche Kompetenz Kriterium von Kandidaturen auf allen Ebenen sein muss. Klar ist sicher in der Konsequenz auch, dass diejenigen, die sich für ein Landtagsmandat bewerben, eine linke Regierung tragen und stärken müssen, liebe Genossinnen und Genossen. Und ich will hier auch deutlich sagen, lassen wir uns von der CDU bei der Aufstellung von Direktkandidaturen nicht treiben. Wir haben die notwendige Zeit und wir sollten auch die notwendige Gelassenheit haben.

Nutzen wir den bevorstehenden Wahlkampf auch als Chance, möglichst alle Mitglieder, aber vor allem auch viele bisher nur Interessierte in die Arbeit zu integrieren, neue Ideen aufzunehmen und den Spaß an Politik in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir keine langweiligen Sitzungen mehr durchführen oder nur im eigenen Saft diskutieren.

Lasst uns gemeinsam nach dem sicher jedem bekannten Spruch der Musketiere „Alle für einen und einer für alle“ an das Jahr 2009 mit seinen vielfältigen Aufgaben herangehen.

Wir alle müssen uneingeschränkt unseren Bodo als MP-Kandidaten unterstützen und ich bin mir sicher, dass Bodo alles dafür tun wird, dass unsere Partei in Thüringen und damit wir alle gestärkt werden. Wir werden es an keiner Stelle zulassen, dass wir unser Ziel aus den Augen verlieren und uns auseinanderdividieren lassen. Heute nicht und auch nicht irgendwann im nächsten Jahr. Wir können mit der Landtagswahl ein bundespolitisches Signal setzen, nämlich die Abwahl einer langjährigen CDU-Alleinregierung.

Wir haben dieses Ziel der Politikveränderung und wir haben das Ziel, den ersten LINKEN Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland zu stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns alle gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, damit endlich hier auch ein wenig Normalität in der Bundespolitik einzieht. Lasst uns gemeinsam herangehen an die Aufgaben des Jahres 2009. Wir haben die Zeit. Wir haben die Kraft. Wir haben den Mut. Lasst uns unseren Mut Wahrheit werden. Lasst uns gemeinsam an diesem Ziel arbeiten.
